

Rats-Update Nr. 20

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 23. September 2024

Obwohl die stadtweiten Sorgen und Probleme bei Duisburgs größtem Arbeitgeber, der ThyssenKrupp Steel AG, große Teile der Ratssitzung überschatteten, gab es keine Demonstranten vor der Mercatorhalle. Auch die weiteren 110 Tagesordnungspunkte lösten diesmal offenbar keine Proteste aus.

Gedenken an verstorbene Schülerinnen

Der Oberbürgermeister eröffnete die Sitzung mit bedauernden Worten und einer Schweigeminute für die bei einem Unglück in der Toskana verstorbenen Schülerinnen der Gesamtschule Duisburg-Mitte.

SPD und CDU setzten (wieder) alle Anfragen von der Tagesordnung ab

Wie bereits in den letzten Ratssitzungen beantragten SPD und CDU auch diesmal wieder, alle Anfragen der kleineren Fraktionen, die sich auf der Tagesordnung befanden, in die Fachausschüsse zu überweisen, um sie nicht in der heutigen Ratssitzung diskutieren zu müssen.

Resolution: „Duisburg muss Stahlstandort bleiben“

SPD, CDU, Grüne und JuDu hatten eine gemeinsame Resolution mit dem Titel „Duisburg muss Stahlstandort bleiben“ verfasst, die ursprünglich an Tagesordnungspunkt 85 vorgesehen war. Darin wurde den Beschäftigten der ThyssenKrupp Steel AG große Solidarität und Unterstützung zugesagt und gleichzeitig das schlechte Management der Konzernführung kritisiert. Da der Ältestenrat vorab vereinbart hatte, die Betriebsratsvorsitzenden Tekin Nasikkol (Konzernbetriebsrat ThyssenKrupp), Ali Güzel (ThyssenKrupp Steel) und Hakan Koc (HKM) einzuladen, wurde dieses Thema vorgezogen und den Betriebsräten die Gelegenheit gegeben, vor dem Stadtrat zu sprechen. Knapp 30 Minuten lang trugen die Betriebsratsvorsitzenden ihre Betroffenheit und ihre Befürchtungen vor.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies hatte in der Ältestenratssitzung angeregt, auch jemanden von der Konzernführung einzuladen, um auch die Argumente der „Gegenseite“ zu hören. Dieser Vorschlag wurde von allen anderen Fraktionsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister abgelehnt. Nur die Betriebsräte einzuladen sei an sich schon ein Statement, dass man auch bewusst so setzen wolle. In diesem Sinne gab es anschließend zahlreiche Wortmeldungen im Stadtrat. Die Fraktion der Linken hatte sogar eine ergänzende Resolution eingebracht, in der eine Unternehmensbeteiligung des Staates (Land und/oder Bund) gefordert wurde. Zudem sollte auch HKM in den Text aufgenommen werden.

Felix Lüttke von den Grünen lobte, dass die Betriebsräte eingeladen worden sind. Er kritisierte die Konzernführung und erklärte, dass *„die ökologische Transformation die einzige Chance zur Rettung des Unternehmens“* sei. Ratsfrau Amman-Hilberath vom BSW forderte eine Staatsbeteiligung, denn *„ohne, wird es ThyssenKrupp nicht schaffen“*. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Bruno Sagurna verurteilte *„das Missmanagement der Konzernführung“*, was gravierende Auswirkungen habe: *„Berthold Beitz dreht sich im Grabe rum“*. Thomas Mahlberg, der Fraktionsvorsitzende der CDU sah bereits *„ein starkes Signal“* darin, dass der Stadtrat die Betriebsräte hat sprechen lassen. Alan Imamura von der AfD erklärte, dass die Energiewende, die Idee der klimaneutralen Stahlproduktion und die teuren Strompreise die Gründe für die Misere seien. Insofern trügen SPD, CDU, Grüne und FDP eine Mitschuld am Arbeitsplatzabbau bei Thyssen, da sie die schlechten Voraussetzungen erst geschaffen hätten.

Wilhelm Bies erklärte für die FDP-Fraktion, dass sie der vorliegenden Resolution nicht zustimmen kann, weil kein Adressat genannt wurde und der gutgemeinte Appell absehbar verpuffen wird. Dennoch verstehe die FDP die Sorgen der Mitarbeiter und sehe die Folgen für die Stadt, falls es zu Entlassungen bei der ThyssenKrupp Steel AG komme. Er forderte den OB auf, *„lieber die Wahrheit zu sagen als eine trügerische Hoffnung zu verbreiten“*. Zudem sollte sich die Stadtverwaltung bereits jetzt auf den schlimmsten Fall einstellen und alle geeigneten städtischen Maßnahmen vorbereiten. Zuletzt hätte er sich gewünscht, wenn auch die Konzernführung zur Ratssitzung eingeladen worden wäre.

Nach weiteren 45 Minuten erfolgte die Abstimmung über die Resolution. SPD, CDU, Grüne, BSW, Tierschutz/DAL und Ratsherr Sipahi stimmten dafür. FDP und AfD stimmten gegen die Resolution und die Fraktion 'die Linke/die Partei' sowie die Gruppe der SGU enthielten sich der Stimme.

Einbringung des Haushaltsplans für 2025 und 2026

Der Oberbürgermeister und der Kämmerer stellten den Haushaltsplan für die Jahre 2025 und 2026 vor. OB Sören Link erklärte, dass auch in diesem Haushaltsentwurf *„die schwarze Null stehe“*, dies jedoch nur unter großen Schmerzen möglich gewesen sei. Die Voraussetzungen seien derzeit so schlecht, wie lange nicht mehr. Wegen der eigenen hohen Gewerbesteuererinnahmen erhält Duisburg (paradoxiertweise) deutlich weniger Schlüsselzuweisungen des Landes. Oberbürgermeister und Kämmerer betonten, dass es sich jetzt auszahle, in den vergangenen Jahren Rücklagen gebildet zu haben.

Stadtdirektor Martin Murrack berichtete stolz, dass Duisburg zu den 18 Städten (von 396) in NRW gehöre, die in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushaltsplan aufweisen können. Der Oberbürgermeister nutzte die Gelegenheit, um nochmal alle „Errungenschaften“ der letzten Jahre aufzuzählen. Er zählte auf, wofür erstmalig Geld ausgegeben werden konnte, wo deutlich mehr investiert wurde und bei welchen Gebühren und Beiträgen die Bürger entlastet wurden. Er betonte, dass es jetzt keinen Richtungswechsel gäbe, da die grundsätzliche Ausrichtung stimme: *„Wir geben jetzt nur weniger Gas“*.

Der Kämmerer ergänzte, wenn man ihm vor 6 Jahren gesagt hätte, dass Duisburg eine der wenigen Gemeinden sei, die einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen würden, hätte er herzlich gelacht. Er erklärte, dass es der Verwaltung viel Kraft gekostet habe, die Haushaltspläne für 2025 und 2026 ausgeglichen zu gestalten, so dass am Jahresende ein kleines Plus von 100.000 Euro erreicht werden kann. Dennoch kündigte er für die kommenden Jahre Sparmaßnahmen an. Weiterhin kritisierte Martin Murrack, dass Bund und Land immer noch keinen gemeinsamen Weg zur Altschuldenlösung gefunden haben, so dass die Stadt vermutlich Geld aus den Rücklagen entnehmen müsse. Der Haushaltsplan wird in den kommenden Wochen in den Bezirksvertretungen und den Ausschüssen beraten, so dass der Rat ihn in der kommenden Sitzung am 25.11.2024 beschließen kann.

Neubau der Eissporthalle Duisburg

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschloss der Stadtrat den Neubau der Eissporthalle (neben dem Fußballstadion). 2022 hatte der Rat bereits beschlossen, dass die rund 50 Jahre alte Halle energetisch ertüchtigt werden soll. Die Kostenschätzungen dafür erhöhten sich nach immer umfangreicheren Untersuchungen zu einer Summe von ca. 23,2 Millionen Euro, allein für den Innenbereich! Die Sanierung der Gebäudehülle war hier noch nicht einkalkuliert. Deshalb schlug die Verwaltung nun vor, die alte Eissporthalle abzureißen und eine neue Mehrzweckhalle zu bauen, die dann anstatt 3.000 bis zu 5.000 Zuschauern Platz bieten soll. Der Stadtrat beauftragte jetzt die Gebag in Zusammenarbeit mit dem städtischen Eigenbetrieb Duisburg-Sport die neue Halle zu planen. Zudem soll die Verkehrssituation vor der Halle verbessert werden. Dazu könnte z.B. ein Parkhaus errichtet werden. Wenn die detaillierten Pläne und der konkrete Kostenrahmen vorliegen, kann der Rat den Neubau beschließen. Der Bau soll dann in den Jahren 2025 bis 2026 erfolgen.

Mobilitätskonzept Duisburg

In den vergangenen Jahren hat sich die Stadtverwaltung Gedanken über die zukünftige Mobilitätsplanung der Stadt gemacht. Zudem wurde ein Gutachten erstellt, auf dessen Grundlage jetzt ein genaues Mobilitätskonzept erarbeitet werden soll. Die Überlegungen der Stadt sind im Moment noch nicht konkret, aber es ist bereits absehbar, dass es zu einer Benachteiligung des Kfz-Verkehrs kommt. Es wird z.B. über Tempo-30-Zonen nachgedacht, über „Parkraumverlagerungen“, Erhöhungen der Parkgebühren und der Kosten für Anwohnerparkausweise, „Neuverteilung des Straßenraums zu Gunsten des Umweltverbunds“, „Entsiegelung von Flächen“ (also die Entfernung von Parkflächen), Kfz-freie Stadtquartiere mit „Quartiersgaragen“ und zahlreiche weitere ähnliche Maßnahmen.

Da der Rat in dieser Sitzung lediglich beschließen sollte, aus allen Vorüberlegungen ein Konzept mit konkreten Maßnahmen zu erarbeiten, konnte die FDP-Fraktion dem Beschluss zustimmen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte jedoch, dass sich die FDP vorbehalte, die späteren einzelnen Maßnahmen kritisch zu prüfen und ggf. abzulehnen. JuDu und AfD schlugen härtere Töne an und bezeichneten die vorgestellten Pläne als *„Anti-Autofahrer-Papier“*, sprachen von *„Gängelung und Bevormundung“* der Autofahrer sowie *„Drangsalierung“*.

Erwartungsgemäß sahen Grüne, Linke und BSW das vollkommen anders. Sie beklagten, dass es nicht schon lange ein fertiges Mobilitätskonzept gäbe, nachdem ein derartiger Beschluss bereits 2020 gefasst wurde. Sie wünschen sich *„so schnell als möglich“* konkrete Maßnahmen und ein stadtweites Konzept zur Planung der zukünftigen innerstädtischen Verkehre.

Die CDU sagte einerseits, dass es in diesem Moment ja nicht um konkrete Maßnahmen gehe und andererseits, dass ein Mobilitätskonzept auch zu mehr Mobilität führen sollte und nicht zu Einschränkungen oder Behinderungen des Verkehrs. Letztendlich stimmten nur AfD und JuDu gegen die Beauftragung der Verwaltung, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten und dann wieder zum Beschluss vorzulegen.

Barrierefreier Umbau von 8 Bushaltestellen auf der Lotharstraße in Neudorf

Die Stadt möchte 8 Bushaltestellen auf der Lotharstraße in Neudorf barrierefrei umgestalten. Die Gesamtkosten für diese Maßnahme liegen bei knapp 623.000 Euro, von denen die Stadt 224.000 Euro trägt und der VRR (Verkehrsverband Ruhr) den Rest übernimmt. Wilhelm Bies (FDP) erklärte, dass die Freien Demokraten nicht gegen den barrierefreien Umbau wären, jedoch kritisieren, dass die neu geplanten Radwege die Bushaltestellen kreuzen, so dass es zu gefährlichen Kollisionen zwischen Radfahrern und Wartenden kommen könnte. Der zuständige Dezernent Martin Linne erklärte dazu, dass der Umbau an dieser Stelle nicht anders möglich sei, es zum gesetzlich vorgeschrieben barrierefreien Ausbau jedoch keine Alternative gäbe. Die Radfahrer seien hier gebeten, Rücksicht zu nehmen und ggf. abzusteiigen. Der Rat beschloss die Umbaumaßnahmen einstimmig.

Umbau des Kreisverkehrs in Kaßlerfeld zu einer Kreuzung

Bereits beim Umbau des OB-Karl-Lehr-Brückenzuges (zwischen Kaßlerfeld und Ruhrort) wurde auch über die Umgestaltung des großen Kreisverkehrs in Kaßlerfeld nachgedacht. Obwohl heutzutage in den allermeisten Fällen Kreuzungen zu Kreisverkehren umgebaut werden, macht es in diesem speziellen Fall Sinn, einen Kreisverkehr zu einer Kreuzung umzubauen, vor allem wegen der zahlreichen LKW-Verkehre, die sich dort bewegen. Zudem muss an dieser Stelle auch noch die Straßenbahn durchgeführt werden. Mehrere Ratsmitglieder baten, beim Umbau darauf zu achten, dass es durch gezielte Ampelschaltungen nicht zu Unfällen zwischen abbiegenden LKWs und Radfahrern kommen kann. Nur die Fraktion JuDu stimmte gegen den Umbau des Kreisverkehrs für knapp 18 Mio. Euro.

Erweiterung und Ausbau von 3 Grundschulen in Marxloh

Im Rahmen des Projektes „*Duisburg / Stark im Norden – Alt Hamborn und Marxloh*“ sollen drei Grundschulen in Marxloh erweitert, ausgebaut und teilweise komplett neu gebaut werden. Das Gesamtvolumen der Baumaßnahmen beträgt rund 95 Mio. Euro. Die Städtebauförderung des Bundes übernimmt davon ca. 11 Mio. Euro. Was eigentlich dringend nötig und im Grunde eine erfreuliche Angelegenheit ist, erntete in dieser Sitzung ungewöhnlich starke Kritik von Grünen, Linken und JuDu. Es wurde bemängelt, dass die vorgelegten Planungen viel zu spät erfolgt seien und schon jetzt nicht ausreichend erscheinen, da bereits kurzfristig mit deutlich mehr Zuwanderung und somit auch mit weiteren Kindern gerechnet werden müsse. Es solle lieber zu groß, also 'auf Vorrat' gebaut werden, als zu klein. Zudem seien keine Lehrschwimmb Becken eingeplant worden. Kurzum, alles sei „zu spät und zu wenig“.

Der Oberbürgermeister entgegnete, dass es eventuell immer noch zu wenig Schulraum sein könnte, aber immerhin deutlich mehr als jetzt. Zudem seien größere Planungen an diesen Stellen baulich gar nicht möglich. Bei einer Investition von 95 Millionen Euro würde er sich etwas mehr Zuspruch und Lob wünschen, anstatt Kritik. Weiter erklärte er, dass Bund und Land die enorme Zahl an Flüchtlingen und Zugewanderten zu verantworten hätten und somit eigentlich auch die Kosten für neue Schulbauten bereitstellen sollten. Nach diesem unerwartet scharfen Schlagabtausch beschloss der Stadtrat (genauso unerwartet) einstimmig die geplanten Baumaßnahmen.

Förderung von Stadtgrün in Duisburg (oder die alte Baumschutzsatzung?)

Die Verwaltung legte dem Rat eine Beschlussvorlage mit dem Titel „*Mehr Grün für Duisburg; Erhalt und Förderung von Stadtgrün*“ vor. Darin enthalten ist u.a. eine Selbstverpflichtung der Stadt und der städtischen Gesellschaften „zur Einhaltung von Vorgaben für den Erhalt, die Pflege und Vermehrung von Grün im öffentlichen Raum“. Des weiteren beinhaltete die Vorlage einen Leitfaden für Bürger und Bürgerinnen „zur Förderung von Stadtbegrünung und Stärkung der Artenvielfalt in der Stadt Duisburg“, sowie ein Förderprogramm mit drei sogenannten Bausteinen: 1. Erhöhung des Baumbestandes (auf privaten Grundstücken); 2. Flächenentsiegelungen und 3. Dachbegrünungen.

Die Fraktion der Grünen hatte dazu einen Antrag formuliert, wonach die Stadt einen Ratsbürgerentscheid initiieren solle, bei dem die Bürger darüber entscheiden sollten, ob sie die frühere Baumschutzsatzung zurück haben möchten. Dementsprechend verbreiteten mehrere Ratsmitglieder der Grünen die altbekannte Lobhudelei auf die vor 7 Jahren abgeschaffte Baumschutzsatzung. Der CDU-Fraktionsvorsitzende entgegnete, dass die Bürger jetzt belohnt werden, wenn sie für mehr Grün in der Stadt sorgen.

Die Grünen hingegen würden *„wieder nur etwas verbieten wollen, was die Bürger inzwischen echt satt haben“*. Für die Idee der Grünen stimmten nur das BSW und die Linken. Die gleichen Fraktionen stimmten dementsprechend gegen den o.g. Verwaltungsvorschlag, den alle anderen Fraktionen beschlossen.

Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes (DKR)

Nach jahrelanger Vorarbeit einer speziellen Findungskommission lag dem Stadtrat jetzt ein konkreter Vorschlag zur Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes vor, wie ihn auch die FDP schon seit Jahren fordert. Es wurde ein Gebäude in der Duisburger Altstadt gefunden, dass allen Teilnehmern der Kommission geeignet erschien und das nun von der Stadt gekauft, umgebaut und ausgestattet werden soll. Den eigentlichen Betrieb des DKR soll anschließend der „Suchthilfeverbund Duisburg e.V.“ übernehmen, der bereits seit Jahren Drogenabhängige in der Stadt betreut. Dafür wurden zunächst (pauschal) 500.000 Euro eingeplant.

Während die meisten Fraktionen diese Einrichtung begrüßten, kritisierte die JuDu-Fraktion die Idee. Sie würden eine mobile Einrichtung befürworteten, ähnlich des Bücher- oder Sparkassenbusses. Letztendlich beschlossen alle anderen Fraktionen die Einrichtung des ersten Duisburger Drogenkonsumraumes, verbunden mit der Hoffnung, dass er seinen gutgemeinten Zweck erfüllen möge und gegebenenfalls auch dabei helfen kann, Drogenabhängige (im positiven Sinne) zu betreuen oder sogar bei ihrem Ausstieg aus der Drogenszene zu begleiten.

Grüne und Linke: DVG soll bei Schwarzfahrern auf Strafanzeigen verzichten

Die Fraktionen von Grünen und Linken hatten einen gemeinsamen Antrag an den Rat gestellt, wonach die DVG (Duisburger Verkehrsgesellschaft) zukünftig *„auf das Stellen von Strafanzeigen wegen Beförderungerschleichung“* verzichten soll, damit Schwarzfahrer nicht wegen eines versäumten Tickets (im Wert von 2,- Euro) ins Gefängnis müssen.

Erwartungsgemäß löste dieser Antrag eine längere hitzige Diskussion aus. Oberbürgermeister Sören Link erklärte, dass es sich *„um ein fatales Zeichen in Richtung aller ehrlichen Leute“* handele. Zudem nannte er das Schwarzfahren *„asoziales Verhalten“*, was wiederum von den Linken scharf kritisiert wurde. Zudem ergänzten die Linken, dass es den Verzicht auf Strafanzeigen bereits in anderen Städten gäbe und stellten die Frage, warum es in Duisburg dann nicht auch möglich sei. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte, dass es sich bei der Bewertung strafbarer Handlungen um ein Bundesgesetz handele und das der Bundesjustizminister sich bereits dieser Thematik angenommen habe. Eine Lösung des Problems auf städtischer Ebene lehnt die FDP ab.

Die SPD begründete ihre ablehnende Haltung damit, dass der DVG bereits jetzt jährlich ein Schaden von 1,5 bis 2 Mio. Euro durch Schwarzfahren entstehe. Auch die AfD und JuDu wetterten gegen den gestellten Antrag, während Grüne und Linke mit weiteren neuen Argumenten versuchten, Zustimmung für ihren Antrag zu erhalten. Sie konnten jedoch nur das BSW und die SGU-Gruppe überzeugen, alle anderen Fraktionen lehnten diesen Antrag ab.

JuDu: „Durchsetzung der Sicherheits- und Ordnungsverordnung“

Die Fraktion JuDu hatte einen Antrag gestellt, der auch erwartungsgemäß Widerstand und Empörung hervorrief. Der Fraktionsvorsitzende Frederik Engelen malte ein düsteres Bild der Duisburger Innenstadt. JuDu beklagte in ihrem Antrag aggressives Betteln, Alkohol- und Drogenkonsum, Verunreinigungen, Grölen und die Belästigung von Passanten, was nicht ausreichend durch die Ordnungskräfte geahndet werde. Reflexartig widersprachen CDU und SPD dieser Beschreibung und lobten den städtischen Außendienst (SAD) für seine gute und sorgfältige Arbeit. Oberbürgermeister Link ergänzte, dass die Beschwerden seit einem Jahr deutlich zurückgegangen seien, was ein eindeutiges Indiz für die Verbesserung der Situation darstelle. Das BSW bezeichnete den Antrag als Menschenverachtend. Nur die Fraktionen von JuDu und AfD stimmten dem Antrag zu, alle anderen Fraktionen lehnten ihn ab.

Um 21:25 Uhr beendete der Oberbürgermeister die Ratssitzung.

Die nächste Sitzung des Stadtrates findet am 25. November 2024 statt. Danach werden wir Sie wieder über die interessantesten Themen informieren. Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer

Rats-Update Nr. 20

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 23. September 2024

Obwohl die stadtweiten Sorgen und Probleme bei Duisburgs größtem Arbeitgeber, der ThyssenKrupp Steel AG, große Teile der Ratssitzung überschatteten, gab es keine Demonstranten vor der Mercatorhalle. Auch die weiteren 110 Tagesordnungspunkte lösten diesmal offenbar keine Proteste aus.

Gedenken an verstorbene Schülerinnen

Der Oberbürgermeister eröffnete die Sitzung mit bedauernden Worten und einer Schweigeminute für die bei einem Unglück in der Toskana verstorbenen Schülerinnen der Gesamtschule Duisburg-Mitte.

SPD und CDU setzten (wieder) alle Anfragen von der Tagesordnung ab

Wie bereits in den letzten Ratssitzungen beantragten SPD und CDU auch diesmal wieder, alle Anfragen der kleineren Fraktionen, die sich auf der Tagesordnung befanden, in die Fachausschüsse zu überweisen, um sie nicht in der heutigen Ratssitzung diskutieren zu müssen.

Resolution: „Duisburg muss Stahlstandort bleiben“

SPD, CDU, Grüne und JuDu hatten eine gemeinsame Resolution mit dem Titel „Duisburg muss Stahlstandort bleiben“ verfasst, die ursprünglich an Tagesordnungspunkt 85 vorgesehen war. Darin wurde den Beschäftigten der ThyssenKrupp Steel AG große Solidarität und Unterstützung zugesagt und gleichzeitig das schlechte Management der Konzernführung kritisiert. Da der Ältestenrat vorab vereinbart hatte, die Betriebsratsvorsitzenden Tekin Nasikkol (Konzernbetriebsrat ThyssenKrupp), Ali Güzel (ThyssenKrupp Steel) und Hakan Koc (HKM) einzuladen, wurde dieses Thema vorgezogen und den Betriebsräten die Gelegenheit gegeben, vor dem Stadtrat zu sprechen. Knapp 30 Minuten lang trugen die Betriebsratsvorsitzenden ihre Betroffenheit und ihre Befürchtungen vor.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies hatte in der Ältestenratssitzung angeregt, auch jemanden von der Konzernführung einzuladen, um auch die Argumente der „Gegenseite“ zu hören. Dieser Vorschlag wurde von allen anderen Fraktionsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister abgelehnt. Nur die Betriebsräte einzuladen sei an sich schon ein Statement, dass man auch bewusst so setzen wolle. In diesem Sinne gab es anschließend zahlreiche Wortmeldungen im Stadtrat. Die Fraktion der Linken hatte sogar eine ergänzende Resolution eingebracht, in der eine Unternehmensbeteiligung des Staates (Land und/oder Bund) gefordert wurde. Zudem sollte auch HKM in den Text aufgenommen werden.

Felix Lüttke von den Grünen lobte, dass die Betriebsräte eingeladen worden sind. Er kritisierte die Konzernführung und erklärte, dass *„die ökologische Transformation die einzige Chance zur Rettung des Unternehmens“* sei. Ratsfrau Amman-Hilberath vom BSW forderte eine Staatsbeteiligung, denn *„ohne, wird es ThyssenKrupp nicht schaffen“*. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Bruno Sagurna verurteilte *„das Missmanagement der Konzernführung“*, was gravierende Auswirkungen habe: *„Berthold Beitz dreht sich im Grabe rum“*. Thomas Mahlberg, der Fraktionsvorsitzende der CDU sah bereits *„ein starkes Signal“* darin, dass der Stadtrat die Betriebsräte hat sprechen lassen. Alan Imamura von der AfD erklärte, dass die Energiewende, die Idee der klimaneutralen Stahlproduktion und die teuren Strompreise die Gründe für die Misere seien. Insofern trügen SPD, CDU, Grüne und FDP eine Mitschuld am Arbeitsplatzabbau bei Thyssen, da sie die schlechten Voraussetzungen erst geschaffen hätten.

Wilhelm Bies erklärte für die FDP-Fraktion, dass sie der vorliegenden Resolution nicht zustimmen kann, weil kein Adressat genannt wurde und der gutgemeinte Appell absehbar verpuffen wird. Dennoch verstehe die FDP die Sorgen der Mitarbeiter und sehe die Folgen für die Stadt, falls es zu Entlassungen bei der ThyssenKrupp Steel AG komme. Er forderte den OB auf, *„lieber die Wahrheit zu sagen als eine trügerische Hoffnung zu verbreiten“*. Zudem sollte sich die Stadtverwaltung bereits jetzt auf den schlimmsten Fall einstellen und alle geeigneten städtischen Maßnahmen vorbereiten. Zuletzt hätte er sich gewünscht, wenn auch die Konzernführung zur Ratssitzung eingeladen worden wäre.

Nach weiteren 45 Minuten erfolgte die Abstimmung über die Resolution. SPD, CDU, Grüne, BSW, Tierschutz/DAL und Ratsherr Sipahi stimmten dafür. FDP und AfD stimmten gegen die Resolution und die Fraktion 'die Linke/die Partei' sowie die Gruppe der SGU enthielten sich der Stimme.

Einbringung des Haushaltsplans für 2025 und 2026

Der Oberbürgermeister und der Kämmerer stellten den Haushaltsplan für die Jahre 2025 und 2026 vor. OB Sören Link erklärte, dass auch in diesem Haushaltsentwurf *„die schwarze Null stehe“*, dies jedoch nur unter großen Schmerzen möglich gewesen sei. Die Voraussetzungen seien derzeit so schlecht, wie lange nicht mehr. Wegen der eigenen hohen Gewerbesteuererinnahmen erhält Duisburg (paradoxiertweise) deutlich weniger Schlüsselzuweisungen des Landes. Oberbürgermeister und Kämmerer betonten, dass es sich jetzt auszahle, in den vergangenen Jahren Rücklagen gebildet zu haben.

Stadtdirektor Martin Murrack berichtete stolz, dass Duisburg zu den 18 Städten (von 396) in NRW gehöre, die in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushaltsplan aufweisen können. Der Oberbürgermeister nutzte die Gelegenheit, um nochmal alle „Errungenschaften“ der letzten Jahre aufzuzählen. Er zählte auf, wofür erstmalig Geld ausgegeben werden konnte, wo deutlich mehr investiert wurde und bei welchen Gebühren und Beiträgen die Bürger entlastet wurden. Er betonte, dass es jetzt keinen Richtungswechsel gäbe, da die grundsätzliche Ausrichtung stimme: *„Wir geben jetzt nur weniger Gas“*.

Der Kämmerer ergänzte, wenn man ihm vor 6 Jahren gesagt hätte, dass Duisburg eine der wenigen Gemeinden sei, die einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen würden, hätte er herzlich gelacht. Er erklärte, dass es der Verwaltung viel Kraft gekostet habe, die Haushaltspläne für 2025 und 2026 ausgeglichen zu gestalten, so dass am Jahresende ein kleines Plus von 100.000 Euro erreicht werden kann. Dennoch kündigte er für die kommenden Jahre Sparmaßnahmen an. Weiterhin kritisierte Martin Murrack, dass Bund und Land immer noch keinen gemeinsamen Weg zur Altschuldenlösung gefunden haben, so dass die Stadt vermutlich Geld aus den Rücklagen entnehmen müsse. Der Haushaltsplan wird in den kommenden Wochen in den Bezirksvertretungen und den Ausschüssen beraten, so dass der Rat ihn in der kommenden Sitzung am 25.11.2024 beschließen kann.

Neubau der Eissporthalle Duisburg

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschloss der Stadtrat den Neubau der Eissporthalle (neben dem Fußballstadion). 2022 hatte der Rat bereits beschlossen, dass die rund 50 Jahre alte Halle energetisch ertüchtigt werden soll. Die Kostenschätzungen dafür erhöhten sich nach immer umfangreicheren Untersuchungen zu einer Summe von ca. 23,2 Millionen Euro, allein für den Innenbereich! Die Sanierung der Gebäudehülle war hier noch nicht einkalkuliert. Deshalb schlug die Verwaltung nun vor, die alte Eissporthalle abzureißen und eine neue Mehrzweckhalle zu bauen, die dann anstatt 3.000 bis zu 5.000 Zuschauern Platz bieten soll. Der Stadtrat beauftragte jetzt die Gebag in Zusammenarbeit mit dem städtischen Eigenbetrieb Duisburg-Sport die neue Halle zu planen. Zudem soll die Verkehrssituation vor der Halle verbessert werden. Dazu könnte z.B. ein Parkhaus errichtet werden. Wenn die detaillierten Pläne und der konkrete Kostenrahmen vorliegen, kann der Rat den Neubau beschließen. Der Bau soll dann in den Jahren 2025 bis 2026 erfolgen.

Mobilitätskonzept Duisburg

In den vergangenen Jahren hat sich die Stadtverwaltung Gedanken über die zukünftige Mobilitätsplanung der Stadt gemacht. Zudem wurde ein Gutachten erstellt, auf dessen Grundlage jetzt ein genaues Mobilitätskonzept erarbeitet werden soll. Die Überlegungen der Stadt sind im Moment noch nicht konkret, aber es ist bereits absehbar, dass es zu einer Benachteiligung des Kfz-Verkehrs kommt. Es wird z.B. über Tempo-30-Zonen nachgedacht, über „Parkraumverlagerungen“, Erhöhungen der Parkgebühren und der Kosten für Anwohnerparkausweise, „Neuverteilung des Straßenraums zu Gunsten des Umweltverbunds“, „Entsiegelung von Flächen“ (also die Entfernung von Parkflächen), Kfz-freie Stadtquartiere mit „Quartiersgaragen“ und zahlreiche weitere ähnliche Maßnahmen.

Da der Rat in dieser Sitzung lediglich beschließen sollte, aus allen Vorüberlegungen ein Konzept mit konkreten Maßnahmen zu erarbeiten, konnte die FDP-Fraktion dem Beschluss zustimmen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte jedoch, dass sich die FDP vorbehalte, die späteren einzelnen Maßnahmen kritisch zu prüfen und ggf. abzulehnen. JuDu und AfD schlugen härtere Töne an und bezeichneten die vorgestellten Pläne als *„Anti-Autofahrer-Papier“*, sprachen von *„Gängelung und Bevormundung“* der Autofahrer sowie *„Drangsalierung“*.

Erwartungsgemäß sahen Grüne, Linke und BSW das vollkommen anders. Sie beklagten, dass es nicht schon lange ein fertiges Mobilitätskonzept gäbe, nachdem ein derartiger Beschluss bereits 2020 gefasst wurde. Sie wünschen sich *„so schnell als möglich“* konkrete Maßnahmen und ein stadtweites Konzept zur Planung der zukünftigen innerstädtischen Verkehre.

Die CDU sagte einerseits, dass es in diesem Moment ja nicht um konkrete Maßnahmen gehe und andererseits, dass ein Mobilitätskonzept auch zu mehr Mobilität führen sollte und nicht zu Einschränkungen oder Behinderungen des Verkehrs. Letztendlich stimmten nur AfD und JuDu gegen die Beauftragung der Verwaltung, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten und dann wieder zum Beschluss vorzulegen.

Barrierefreier Umbau von 8 Bushaltestellen auf der Lotharstraße in Neudorf

Die Stadt möchte 8 Bushaltestellen auf der Lotharstraße in Neudorf barrierefrei umgestalten. Die Gesamtkosten für diese Maßnahme liegen bei knapp 623.000 Euro, von denen die Stadt 224.000 Euro trägt und der VRR (Verkehrsverband Ruhr) den Rest übernimmt. Wilhelm Bies (FDP) erklärte, dass die Freien Demokraten nicht gegen den barrierefreien Umbau wären, jedoch kritisieren, dass die neu geplanten Radwege die Bushaltestellen kreuzen, so dass es zu gefährlichen Kollisionen zwischen Radfahrern und Wartenden kommen könnte. Der zuständige Dezernent Martin Linne erklärte dazu, dass der Umbau an dieser Stelle nicht anders möglich sei, es zum gesetzlich vorgeschrieben barrierefreien Ausbau jedoch keine Alternative gäbe. Die Radfahrer seien hier gebeten, Rücksicht zu nehmen und ggf. abzusteiigen. Der Rat beschloss die Umbaumaßnahmen einstimmig.

Umbau des Kreisverkehrs in Kaßlerfeld zu einer Kreuzung

Bereits beim Umbau des OB-Karl-Lehr-Brückenzuges (zwischen Kaßlerfeld und Ruhrort) wurde auch über die Umgestaltung des großen Kreisverkehrs in Kaßlerfeld nachgedacht. Obwohl heutzutage in den allermeisten Fällen Kreuzungen zu Kreisverkehren umgebaut werden, macht es in diesem speziellen Fall Sinn, einen Kreisverkehr zu einer Kreuzung umzubauen, vor allem wegen der zahlreichen LKW-Verkehre, die sich dort bewegen. Zudem muss an dieser Stelle auch noch die Straßenbahn durchgeführt werden. Mehrere Ratsmitglieder baten, beim Umbau darauf zu achten, dass es durch gezielte Ampelschaltungen nicht zu Unfällen zwischen abbiegenden LKWs und Radfahrern kommen kann. Nur die Fraktion JuDu stimmte gegen den Umbau des Kreisverkehrs für knapp 18 Mio. Euro.

Erweiterung und Ausbau von 3 Grundschulen in Marxloh

Im Rahmen des Projektes „Duisburg / Stark im Norden – Alt Hamborn und Marxloh“ sollen drei Grundschulen in Marxloh erweitert, ausgebaut und teilweise komplett neu gebaut werden. Das Gesamtvolumen der Baumaßnahmen beträgt rund 95 Mio. Euro. Die Städtebauförderung des Bundes übernimmt davon ca. 11 Mio. Euro. Was eigentlich dringend nötig und im Grunde eine erfreuliche Angelegenheit ist, erntete in dieser Sitzung ungewöhnlich starke Kritik von Grünen, Linken und JuDu. Es wurde bemängelt, dass die vorgelegten Planungen viel zu spät erfolgt seien und schon jetzt nicht ausreichend erscheinen, da bereits kurzfristig mit deutlich mehr Zuwanderung und somit auch mit weiteren Kindern gerechnet werden müsse. Es solle lieber zu groß, also 'auf Vorrat' gebaut werden, als zu klein. Zudem seien keine Lehrschwimmb Becken eingeplant worden. Kurzum, alles sei „zu spät und zu wenig“.

Der Oberbürgermeister entgegnete, dass es eventuell immer noch zu wenig Schulraum sein könnte, aber immerhin deutlich mehr als jetzt. Zudem seien größere Planungen an diesen Stellen baulich gar nicht möglich. Bei einer Investition von 95 Millionen Euro würde er sich etwas mehr Zuspruch und Lob wünschen, anstatt Kritik. Weiter erklärte er, dass Bund und Land die enorme Zahl an Flüchtlingen und Zugewanderten zu verantworten hätten und somit eigentlich auch die Kosten für neue Schulbauten bereitstellen sollten. Nach diesem unerwartet scharfen Schlagabtausch beschloss der Stadtrat (genauso unerwartet) einstimmig die geplanten Baumaßnahmen.

Förderung von Stadtgrün in Duisburg (oder die alte Baumschutzsatzung?)

Die Verwaltung legte dem Rat eine Beschlussvorlage mit dem Titel „Mehr Grün für Duisburg; Erhalt und Förderung von Stadtgrün“ vor. Darin enthalten ist u.a. eine Selbstverpflichtung der Stadt und der städtischen Gesellschaften „zur Einhaltung von Vorgaben für den Erhalt, die Pflege und Vermehrung von Grün im öffentlichen Raum“. Des weiteren beinhaltete die Vorlage einen Leitfaden für Bürger und Bürgerinnen „zur Förderung von Stadtbegrünung und Stärkung der Artenvielfalt in der Stadt Duisburg“, sowie ein Förderprogramm mit drei sogenannten Bausteinen: 1. Erhöhung des Baumbestandes (auf privaten Grundstücken); 2. Flächenentsiegelungen und 3. Dachbegrünungen.

Die Fraktion der Grünen hatte dazu einen Antrag formuliert, wonach die Stadt einen Ratsbürgerentscheid initiieren solle, bei dem die Bürger darüber entscheiden sollten, ob sie die frühere Baumschutzsatzung zurück haben möchten. Dementsprechend verbreiteten mehrere Ratsmitglieder der Grünen die altbekannte Lobhudelei auf die vor 7 Jahren abgeschaffte Baumschutzsatzung. Der CDU-Fraktionsvorsitzende entgegnete, dass die Bürger jetzt belohnt werden, wenn sie für mehr Grün in der Stadt sorgen.

Die Grünen hingegen würden „wieder nur etwas verbieten wollen, was die Bürger inzwischen echt satt haben“. Für die Idee der Grünen stimmten nur das BSW und die Linken. Die gleichen Fraktionen stimmten dementsprechend gegen den o.g. Verwaltungsvorschlag, den alle anderen Fraktionen beschlossen.

Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes (DKR)

Nach jahrelanger Vorarbeit einer speziellen Findungskommission lag dem Stadtrat jetzt ein konkreter Vorschlag zur Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes vor, wie ihn auch die FDP schon seit Jahren fordert. Es wurde ein Gebäude in der Duisburger Altstadt gefunden, dass allen Teilnehmern der Kommission geeignet erschien und das nun von der Stadt gekauft, umgebaut und ausgestattet werden soll. Den eigentlichen Betrieb des DKR soll anschließend der „Suchthilfeverbund Duisburg e.V.“ übernehmen, der bereits seit Jahren Drogenabhängige in der Stadt betreut. Dafür wurden zunächst (pauschal) 500.000 Euro eingeplant.

Während die meisten Fraktionen diese Einrichtung begrüßten, kritisierte die JuDu-Fraktion die Idee. Sie würden eine mobile Einrichtung befürworteten, ähnlich des Bücher- oder Sparkassenbusses. Letztendlich beschlossen alle anderen Fraktionen die Einrichtung des ersten Duisburger Drogenkonsumraumes, verbunden mit der Hoffnung, dass er seinen gutgemeinten Zweck erfüllen möge und gegebenenfalls auch dabei helfen kann, Drogenabhängige (im positiven Sinne) zu betreuen oder sogar bei ihrem Ausstieg aus der Drogenszene zu begleiten.

Grüne und Linke: DVG soll bei Schwarzfahrern auf Strafanzeigen verzichten

Die Fraktionen von Grünen und Linken hatten einen gemeinsamen Antrag an den Rat gestellt, wonach die DVG (Duisburger Verkehrsgesellschaft) zukünftig „auf das Stellen von Strafanzeigen wegen Beförderungerschleichung“ verzichten soll, damit Schwarzfahrer nicht wegen eines versäumten Tickets (im Wert von 2,- Euro) ins Gefängnis müssen.

Erwartungsgemäß löste dieser Antrag eine längere hitzige Diskussion aus. Oberbürgermeister Sören Link erklärte, dass es sich „um ein fatales Zeichen in Richtung aller ehrlichen Leute“ handle. Zudem nannte er das Schwarzfahren „asoziales Verhalten“, was wiederum von den Linken scharf kritisiert wurde. Zudem ergänzten die Linken, dass es den Verzicht auf Strafanzeigen bereits in anderen Städten gäbe und stellten die Frage, warum es in Duisburg dann nicht auch möglich sei. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte, dass es sich bei der Bewertung strafbarer Handlungen um ein Bundesgesetz handle und das der Bundesjustizminister sich bereits dieser Thematik angenommen habe. Eine Lösung des Problems auf städtischer Ebene lehnt die FDP ab.

Die SPD begründete ihre ablehnende Haltung damit, dass der DVG bereits jetzt jährlich ein Schaden von 1,5 bis 2 Mio. Euro durch Schwarzfahren entstehe. Auch die AfD und JuDu wetterten gegen den gestellten Antrag, während Grüne und Linke mit weiteren neuen Argumenten versuchten, Zustimmung für ihren Antrag zu erhalten. Sie konnten jedoch nur das BSW und die SGU-Gruppe überzeugen, alle anderen Fraktionen lehnten diesen Antrag ab.

JuDu: „Durchsetzung der Sicherheits- und Ordnungsverordnung“

Die Fraktion JuDu hatte einen Antrag gestellt, der auch erwartungsgemäß Widerstand und Empörung hervorrief. Der Fraktionsvorsitzende Frederik Engelen malte ein düsteres Bild der Duisburger Innenstadt. JuDu beklagte in ihrem Antrag aggressives Betteln, Alkohol- und Drogenkonsum, Verunreinigungen, Grölen und die Belästigung von Passanten, was nicht ausreichend durch die Ordnungskräfte geahndet werde. Reflexartig widersprachen CDU und SPD dieser Beschreibung und lobten den städtischen Außendienst (SAD) für seine gute und sorgfältige Arbeit. Oberbürgermeister Link ergänzte, dass die Beschwerden seit einem Jahr deutlich zurückgegangen seien, was ein eindeutiges Indiz für die Verbesserung der Situation darstelle. Das BSW bezeichnete den Antrag als Menschenverachtend. Nur die Fraktionen von JuDu und AfD stimmten dem Antrag zu, alle anderen Fraktionen lehnten ihn ab.

Um 21:25 Uhr beendete der Oberbürgermeister die Ratssitzung.

Die nächste Sitzung des Stadtrates findet am 25. November 2024 statt. Danach werden wir Sie wieder über die interessantesten Themen informieren. Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer